

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem Seconde-Lieutenant mit dem Charakter als Premier-Lieutenant Rupp in den Rothen Adler-Orden vierter Classe, d. Kreisgerichts-Boten Johann Gottlieb Bley zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Universitäts-Registratur-Assistenten Schmidt zu Königsberg i. Pr. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den bisherigen Director des Wilhelms-Gymnasiums in Berlin, Professor Dr. Kübler, zum Director derselben Amtstät zu ernennen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 6. Nov. Die „France“ teilt mit, daß ein Schreiben des Kaisers an die Souveräne ergehen werde zu dem Zweck, ihnen den Platz zu einem Congress zu unterbreiten. Ein europäischer Congress sei so gut als schon verusen. In wenig Tagen werde man wissen, ob die Verfassung angenommen oder zurückgewiesen werde.

Kopenhagen, 6. Nov. „Fædrelandet“ sagt, wenngleich es nicht ganz gewiß sei, ob die Unterzeichnung des dänisch-schwedischen Bündnisses bereits stattgefunden habe, so könne es doch aus zuverlässiger Quelle versichern, daß Graf Hamilton bereits am 27. v. Mts. die Vollmacht zur Unterzeichnung erhalten habe.

Politische Uebersicht.

Der in Süden erscheinende „Fortschritt“ hat eine dritte Böswahrung erhalten.

Der Landtag wird am Montage durch Se. Majestät den König in Person eröffnet werden. Die bereits festgestellte Vorrede hat deßhalb eine Veränderung erfahren müssen. Der Ton, in welchem die feudalen Blätter, die bereits die schnellste Auflösung des neuen Hauses beschlossen zu haben schienen, kurz nach der Wahl sprachen, hat sich ein wenig gemäßigt. Man spricht sogar von Abgleichungsversuchen. Nach der „Spes. Btg.“ soll eine sehr einflußreiche Persönlichkeit bemüht sein, die Wege zur Ausgleichung anzubahnen. Es soll der Vorschlag in Erwägung gelommen sein, von Seiten der Regierung und des Abgeordnetenhauses Commissarien zur gemeinschaftlichen Berathung über die Mittel zur Ausgleichung zu ernennen. Wir geben auf dergleichen Nachrichten vorläufig nichts. Wir werden ja bald an den Thatsachen erkennen, was daran ist.

Die „Nordd. Allg. Btg.“ schreibt: Die von der „Berl. Bors.-Btg.“ verbreitete Nachricht, nach welcher der Abgeordnete Freiherr v. d. Heydt sich mit Vermittelungsversuchen in der Militärfrage beschäftigen soll, entbehrt, wie wir vernehmen, jeglicher Begründung.

Die Wiener „Presse“ erhält die wichtige Mittheilung, es sei bereits als gewiß zu betrachten, daß der vereinigte holsteinische und Executions-Bundesausschuß, dem die letzte dänische Erklärung zur Berichterstattung zugewiesen worden ist, dieselbe nicht als befriedigend erachtet und in diesem Sinne vielleicht schon in der heutigen Sitzung des Bundesstaates seine Anträge stellen wird. Es wird also, falls nicht Dänemark noch in der letzten Stunde eine bedeutendes Zugeständnis macht, zur Execution kommen und dieselbe erscheint jetzt als unabwendbar.

Der größte Theil der Presse faßt die Thronrede Napoleons nicht im friedlichen Sinne auf. In den Börsenkreisen — schreibt die „Berl. B. u. H.-B.“ — hat dieselbe einen beunruhigenden Eindruck hervorgerufen. Es wird besonders

Die Einkünfte der englischen Krone.

Nach Thomas Crofts May's Verfassungsgeschichte Englands.) Die Einkünfte der Krone in England haben selbst eine Geschichte, welche an Wechselpfänden und Schicksalen so reich ist, wie deren die Haushaltschronik irgend einer Familie Alt-Englands nur aufzuweisen hat. Der ganze Grund und Boden im Königreiche gehörte ursprünglich der Krone, und war zu Lehen gegeben. Der Rückfall und das Verwirken der Lehen führten dahin, daß die Krone fast an dem ganzen Grundbesitz des Königreichs unbeschranktes Eigentum erwarb. So angedeutet aber des Königs Besitz auch war, der Habsucht seiner Anhänger vermochte er nicht zu genügen. Daß sie, die Freigebigkeit, und sie nahmen die Verleihungen zurück; widerrechtlich und gewaltsam machten sie unvorstige Veräußerungen rüttig, oder sie halsen den bedrängten Krone durch Einziehung des Besitzthums rebellischer Krone auf. Hierin wurde das Höchste in den Kriegen zwischen der Rothen und der Weißen Rose geleistet, und hätte die Krone bewahren können, was sie damals als Eigentum an sich brachte, so würde wahrscheinlich keine Monarchie so unumstrankt Macht gelangt sein, wie diejenige von England.

Indeß wurde die Habsucht gewisser Könige mehr als aufgewogen durch die Verschwendungen der nämlichen oder anderer Träger der Krone. So sah man denn die Könige von England bald als Besitzer wahrhaft märchenhafter Reichshäuser, bald mit Schulden bis zum Ersticken beladen. Derselbe Heinrich III., welcher die Einziehung von Lehen mit eben so viel Erfolg wie Gewalt betrieb, geriet so in Not, daß er Fleisch und Getreide für seinen Haushalt auf Borg gegen Leibhölzer nehmen mußte. Ein anderer König halte kaum das Eialommen eines einfachen Landesherrn.

Nur wenn die Krone in ihren Gütern allzu läßlich Schiffbruch litt, scheint sich in früheren Jahrhunderten das Parlament in die seltsame Wirthschaft gemischt zu haben. Unter Eduard II. untersagte das Parlament die Veräußerung von Kreislandereien, als der König in seiner Verschwendungen das königliche Maß bei weitem überschritten; ein anderes Parlament hob das Verbot wieder auf.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inferate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Hasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhdlg.

Beitung.

die über die „heimlichen Feindschaften“ und die „übermäßigen Rüstungen“ sich klagende Stelle und noch mehr die gegen die Verträge von 1815 gerichtete Nullitätsdeklaration als ein wenig friedliches Symptom betrachtet.

Die conservative preußische Presse verhält sich noch sehr zurückhaltend. Die „Kreuzztg.“ meint, „die Mächte mühten sich doch wohl erst genauer überlegen“, ob sie auf die Congress-Ideen Napoleons eingehen sollen. Die „Nordd. Allg. Btg.“ kann trotz eines sehr langen Leitartikels über die Thronrede zu keinem bestimmt klaren Urteil kommen. Nur in einem Punkt tritt sie klar polemisch auf. Gegenüber der Ausführung Napoleons, daß die Verträge von 1815 faktisch nicht mehr bestehen, und fast alle Mächte sie geändert hätten, sagt sie: „Mit einer gewissen Genugtuung heben wir hervor, daß, wenn der Kaiser constatirt, wie auch Deutschland in Bewegung sei, die Verträge von 1815 zu modifiziren, hiermit entweder nur die Agitation des Nationalvereins, oder aber das österreichische Reformproject gemeint sein kann, während Preußen bis zum letzten Augenblick fest an seinem einmal gegebenen Worte und an den Verträgen gehalten hat, welche den ersten Grundstein zu Deutschlands künftiger Größe gelegt haben.“ Also die Verträge von 1815 hält die „Nordd. Allg. Btg.“ für den Grundstein für Deutschlands künftige Größe?

Zwei Orleanisten, Graf Montalembert und Herr S. Marc Girardin, werden, wie der „Kreuzztg.“ aus Paris geschrieben wird, dem Senate eine Petition zu Gunsten der Polen einreichen.

Neuere Berichte bestätigen nach der „B. A. B.“, daß die türkische Armee auf Kriegsfuß gesetzt wird. Großartige Lieferungen sind abgeschlossen worden und müssen binnen zwei Monaten effectuirt sein. In den Donauländern finden bedeutende Pferde-Aukäufe statt. Es ist undeutbar, daß die Pforte alle diese Maßregeln ins Blaue hinein ergreift; sie muß überzeugt sein, daß die orientalische Frage schon binnen Kurzem wieder in den Vordergrund treten wird.

Die Gründung der Kammern.

Wie trüb auch die gegenwärtigen Verhältnisse in unserm Vaterlande sein mögen, es ist immerhin der bevorstehende Zusammenschluß des Landtags ein freudiges Ereignis. Das Land schickt Männer nach Berlin, welchen es die Vertretung seiner heiligsten Rechte und Interessen zum Wohl des Vaterlandes mit vollem Vertrauen in die Hand gegeben. Durch diese Vertreter wird es seine berechtigte Willensmeinung funden und den Weg bezeichnen, auf dem nach seiner festen wohlbewogenen Überzeugung der preußische Staat seinen historischen Beruf zu erfüllen und das Glück der Staatsbürger zu gründen im Stande ist.

Das Land sieht mit größerer Spannung denn je den bestehenden Verhandlungen entgegen. Man fühlt auf allen Seiten die Last und die Gefahr des lebigen Zustandes. Die Conservative sowohl wie die Liberalen sind der Überzeugung, daß es anders werden müsse. Freilich die Wege, die sie gehen wollen, sind sehr verschieden.

Was unsere Vertreter zuerst thun werden? das ist die Frage, welche jetzt alle Parteien in Spannung erhält. Sie werden jedenfalls nichts anderes thun, als was ihnen der klare, feste Wille des Volkes, ihre Liebe zum ganzen Vaterlande und seiner Verfassung zu thun gebietet; sie werden ihre Treue dem preußischen Königshause dadurch zu beweisen und zu bewahren bestrebt sein, daß sie Grundlagen zu gewinnen suchen, auf denen eine dauernde feste Einigkeit zwischen Krone und

Bis zur Revolution war den persönlichen Ausgaben des Souveräns keine Schranke gesetzt. Das Parlament pflegte bei jeder Thronbesteigung dem Könige die gewöhnlichen Einkünfte der Krone zu bewilligen, welche in Friedenszeiten für die Hofhaltung, für die Civilverwaltung und für Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit bestimmt waren. Was nach Bestreitung der nothwendigen Staatsausgaben übrig blieb, stand zu des Königs unbeschränkter Disposition, er mochte es zu Hofhaltungen und zu Beeinflussungen, zu Vergnügungen und Verschwendungen benutzen. Aber nicht immer wurde das Vertrauen des Parlaments mit Redlichkeit vergolten. So ist es außer Zweifel, daß Carl II. seiner Privatschatulle bedeutende Geldsummen zuführte, welche von dem Parlamente zur Kriegsführung bestimmt und angewiesen waren.

Um dergleichen Missbrächen für die Zukunft vorzubeugen, traf das Parlament bei der Thronbesteigung Wilhelms und Marias besondere Anordnung für des Königs „Civiliste“. Der Krone wurden im Frieden 1,200,000 Pfds. Sterl. bewilligt; auf die Civiliste lasten davon etwa 700,000 Pfds. Sterl. Das System, einmal eingesetzt, erholt sich unter den folgenden Regierungen. Doch betrachteten die Träger der Krone die ihnen gezogene weite Grenzlinie mit der vorausgesetzten Gewissenhaftigkeit.

Ein erhöhtes Interesse bieten die Verhältnisse während der Regierung Georgs III. von 1760 ab. Es ist wahr, Georg füllte seine lange Regierungszeit mit Handlungen aus, die ihn vom Parlament und von verantwortlichen Ministern unabhängig machen sollten. Er selbst wollte regieren. Das Recht der Krone war das Centrum seiner Gedanken, seiner Thaten und seiner Intrigen. Der König hielt einen sehr einfachen Hof; seine persönlichen Bedürfnisse beschränkte er auf ein sehr un königliches Maß, ebenso die seines ganzen Hofs, und seine Sparsamkeit gab zu manchen Spötttereien Veranlassung. Über trost der Civiliste von beinahe 800,000 Pfds. Sterl. hatte der König schon neun Jahre nach der Thronbesteigung über eine halbe Million Schulden gemacht, um deren Bezahlung er das Parlament anging. Sowar verlangt man einen Nachweis der Ursachen dieser Schulden, aber die Minister widerholten sich dem Antrag und ohne

Voll zu begründen ist. Auf diesem Wege werden wir unsere Vertreter finden.

Über die speziellen Schritte, welche das Abgeordnetenhaus thun wird, läßt sich vorher wenig sagen. Sie richten sich nach denjenigen der Regierung.

Zwei Vorlagen werden jedenfalls die besondere Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses von vornherein in Anspruch nehmen: die Preßverordnung und die Budgets. Man darf erwarten, daß über die erstere der Landtag sofort nach seinem Zusammentritt sein Votum abgeben wird.

Die Budgetfrage wird andererseits wie in früheren Sitzungen, so auch diesmal die Hauptfrage sein. In dieser Frage liegt vornehmlich nach den Bestimmungen der Verfassung die Kraft des Abgeordnetenhauses.

Auch die conservativen Blätter räumen dieser Frage eine besonders hervorragende Bedeutung ein. Die „Nordd. Allg. Btg.“, welche sich mit derselben in einer ihrer letzten Nummern beschäftigte, erkennt an, daß „dafür gesorgt werden müsse, daß das Recht der Landesvertretung, bei der Vereinbarung der Staatsausgaben mitzuwirken und die gehörige Ausführung des Budgetgesetzes zu überwachen, nicht willkürlich durch die Regierung vereitelt werden könnte.“ Sie sagt: „möglichen nur conservativen Männer existieren, welche den Kammern nur zugestehen möchten. Da zu sagen, sie will es nicht.“

Aber doch hat die „Nordd. Allg. Btg.“ ein Verlangen, welchem die liberale Partei nicht Rechnung tragen kann. Es ist — sagt sie — ein wohlbegründetes Verlangen, daß auch potentiell das Recht eines von mehreren zur Zusammenwerfung berufenen Factoren so beschränkt werde, daß daneben die Besitzungen der anderen bestehen können. Einzig und allein durch eine derartige Bestimmung wird es möglich sein, die Wiederkehr ähnlicher Zustände, wie die gegenwärtigen, zu verhindern.“ Sie meint damit die Beschränkung des Rechtes, daß keine Aussage ohne Bewilligung der Landesvertretung gemacht werden dürfe.

Schon im J. 1849 erklärte in der zweiten Kammer der Ministerpräsident v. Manteuffel, der Schöpfer der revisionären Verfassung, daß die Kammer nicht des Rechtes bedürfe, jährlich die Steuern von Neuem zu bewilligen, denn sie habe diese Macht bereits durch das jährliche Ausgabebeiwilligungsrecht, da es sich nach Artikel 99 der Verfassung von selbst verstehe, daß keine Aussage ohne Zustimmung der Kammern gemacht werden könne.

In diesem Punkte sind viele selbst so conservativen Männer, wie Herr v. Manteuffel es war, mit den liberalen Parteien vollständig einig. Die „Nordd. Allg. Btg.“ irrt, wenn sie sich der Hoffnung hingibt, daß die Volkswertretung zur gesetzlichen Beschränkung dieses Rechtes die Hand bilden werde.

In der Budgetfrage liegt die Hauptwirksamkeit und Kraft der Volkswertretung.

Deutschland.

— Die „B. B. B.“ schreibt: „Se. Maj. der König hat die Einladung zu einem Diner angenommen, welches der Staatsminister a. D. v. d. Heydt am Sonnabend Mittag auf seiner Villa am Canal geben wird. In Folge davon haben die ebenfalls eingeladenen sämlichen Späzen der höchsten Hördern und der Diplomatie bei ihrem Er scheinen Uniform anzulegen. Die heute ausgegebenen Einladungen enthalten einen dem entsprechenden Zusatz und erregen ein gewisses Aufsehen. Bei der zeitigen politischen Sachlage und da die Ma-

weitere Ausklärung bewilligte man die geforderte Summe. Natürlich war die Opposition in nicht geringe Unruhe gesetzt bei der Frage, wo das Geld hingeblieben, und als man nachforschte, entdeckte man nicht eben erbauliche Abzugsscände. Der König entschlossen, den Einfluß des Parlaments in politischen Dingen um jeden Preis zu brechen, deutete hierzu auch die traurigste Sitz des damaligen Parlaments aus: die Sitz der Bestellung. Um die Königsfreunde geneigt zu erhalten, reichte die Civiliste nicht aus, und die Massen von Schulden, die der König offenbar zur Befriedigung seiner Parteigänger contrahire, beweisen, wie thuer Georg sich die Stimmen zu seinen Gunsten erkaufen mußte. So lange er auf dem Throne saß, war die Verschuldung der regelmäßigen Stand der Civiliste. Nicht weniger als zehn Mal wurde nach und nach das Parlament in Anspruch genommen und es berichtete dem König allmälig 2,398,061 Pfund Sterling Schulden — Schulden, die größtmögliche zur Untermihrung des Parlaments selbst gemacht worden waren.

Aber das Parlament erkaufte sich dadurch ein Recht von unschätzbarem Werthe, das Recht, über die Verwendung der geringsten Summe auch in der Civiliste die Kontrolle auszuüben. Wertvuldigerweise kam Georg III. — hierin dem Parlamente selbst willig entgegen. Schon bei seiner Thronbesteitung verstand er sich dazu, über seine Ansprüche auf die erblichen Revenuen der Krone Englands nur so zu verfügen, wie das Parlament es für angemessen finden möchte; er erklärte sich bereit, zur Besteitung des Haushaltes, zur Aufrechterhaltung des Glanzes und der Würde der Krone eine bestimmte Summe als neue Civiliste anzunehmen.

Barke, der sich auch in seiner Schrift: „Ueber die Ursachen der wachsenden Unzufriedenheit“ tadelnd über die geradezu schädliche Verwendung der Civiliste ausgesprochen hatte, schäzte die damaligen Gesamtinkünfte der Krone aus den verschiedenen Einnahmequellen auf fast eine Million, wobei die Revenuen aus Hannover und dem Bistum Osnabrück nicht mitgerechnet waren.

Barkes Reformvorschläge gingen zwar nicht durch, aber die Brandräte, die er in die Öffentlichkeit geschleudert, hatten gezündet. Das Ministerium Rockingham, dem Parla-

jenäten innerhalb der Residenz Festlichkeiten von Privaten selten zu besuchen pflegen, ist man geneigt, in der Annahme der Einladung durch den König eine bedeutungsvolle Auszeichnung zu erkennen.

— Die Equipage des Königs ist am Montag unter den Linden in der Friedrichstraße, wo bekanntlich der Wagenverkehr seit ein sehr lebhafter ist, mit einem Omnibus dergnau zusammengefahren, daß die Deichsel des königl. Wagens in den Omnibus eingedrungen sein soll. Der König verließ hierauf den Wagen und setzte seinen Weg zu Fuß fort.

— Wie ein Correspondent der „Wes. Bdg.“ erfährt, wäre von dem König der Belgier in Berlin ein vertrauliches Schreiben eingegangen, in welchem er von der Execution gegen Dänemark abräth.

— Der Chef des Militär-Cabinets, v. Manteuffel, hat wie man hört, zur Kräftigung seiner Gesundheit einen Nachurlaub erhalten.

— (Kreuztg.) Der Gesandte in München, Graf Perponcher, soll zum Gesandten im Haag und der Gesandte am Kasseler Hofe, Harry v. Arnim, zum Gesandten in München ernannt werden. Außerdem wird aus Kassel gemeldet, daß der Prinz Reuß, bisher erster Legations-Secretair in Paris, wahrscheinlich als Gesandter an den dortigen Hof kommen werde. Der Wirkl. Geh. Rath Bode wird zu Neujahr sein Amt als Staatssecretair niederlegen. Der „Berl. Bdg.“ zufolge würde der Regierungsrath Liebrecht in Arnsberg nach Posen versetzt werden. Der Doer-Medicinalrath Prof. Dr. Bölt in Rostock hat einen Ruf nach Bonn als Professor der Geburshilfe erhalten und angenommen.

— (Nat. B.) Die Thronrede des Kaisers Napoleon ist das umfangreichste Actenstück, das bisher auf telegraphischem Wege hierher gelangt ist. Sie enthält in dem französischen Original 2050 Worte und die Telegraphen-Gebühren dafür belaufen sich auf 1230 Francs.

— Der König hat von den Wahlmännern der Ost- und Westpriesigkeit eine Ergebenheitsadresse erhalten.

— Die „Kreuzzeitung“ bringt noch fortlaufend Wahlberichte. In den meisten finden sich Klagen über die „fortschrittlichen“ Abstimmungen der Beamten. In der letzten Nummer ist eine solche Klage aus Neuwied. Sie sagt: „Von den acht evangelischen Geistlichen, welche Wahlmänner waren, stimmt sieben, und unter ihnen ein Superintendent, für den Fortschritt, von den Bürgermeistern die Mehrzahl, von den Ortsvorstehern die evangelischen fast alle und manche Katholiken.“

— In Folge der verringerten Anzahl der Altliberalen ist im Sitzungsraale des Abgeordnetenhauses eine Lücke auf der rechten Seite entstanden, welche zum Theil durch Abgeordnete des linken Centrums ausgefüllt werden wird. Der „Elb. Bdg.“ schreibt man über die gegenwärtige Anordnung der Plätze: „Die Mitte vor dem Weinmarkt wird auch diesmal wieder von der klerikalischen Fraktion besetzt sein. Dem Centrum nun zunächst sitzen auf den verdersten Bänken der Rechten die 12 Altliberale; den Platz v. Bindek an der Ecke hat Graf Schwerin eingenommen; auch Dr. v. Ammon hat hier seinen Platz belegen lassen. Hinter Graf Schwerin ist ein mit Grabow bezeichnete Platz; hinter diesem, also auf dem Edplatz der dritten Reihe, wird Freiherr v. d. Heydt sitzen; diese dritte, wie die vier folgenden Bänke, hat die conservative Fraktion belegen lassen, so daß Frhr. v. d. Heydt wohl durch die Wahl seines Platzes seine Stellung als eine vermittelnde hat bezeichnet wollen. Der Platz zu seinem Rechten ist auf dem Plätzetableau mit v. Gottberg bezeichnet. Auf der andern Seite des Gangs hat die Fraktion Bokum-Dolfs von den Plätzen Besitz ergriffen, so daß über den Gang hinweg Frhr. v. d. Heydt als seinem nächsten Nachbarn Hrn. v. Bokum-Dolfs die Linie reichen kann. Der neugewählte Abgeordnete für Elberfeld, P. L. Schmidt, hat ebenfalls in derselben Reihe zwischen Harkort und Kreuz besetzt; vor ihm sitzt Prof. Dr. Gaeßt, viater ihm der neugewählte General-Major a. D. Lehmann.“

— (N. B.) Dem Vernehmen nach beabsichtigt die conservative Partei durch massenhafte Verbreitung von Broschüren und Flugblättern für ihre Zwecke zu wirken, wobei es namentlich auf Umstimming der Massen in der Militärfrage abgesehen sein soll.

— (Nord. Allg. Bdg.) Ueber die Wiederbefestigung des durch den Tod des Wirklichen Geheimen Rathes v. Uechtritz erledigten Präsiouums des evangelischen Oberkirchenrats schweden seit einiger Zeit Verhandlungen, welche jedoch zu einem definitiven Abschluß noch nicht gediehen sind. Für die

menten und der überwältigenden Stimme des Volkes nachgebend, brachte einen Civil-List-Act vor das Parlament, der, wenn er auch von Burles Vorhängen erheblich abwich, doch immerhin eine Maßregel von hoher Bedeutung war. Viele zugloose Beamtenstellen wurden abgeschafft, die Geldausgaben zu geheimen Zwecken beschränkt, der Pensions-Etat vermindert und Sicherheitsmaßregeln zu wilhauerer Beaufsichtigung der Ausgaben des Königs getroffen. Zu den ersten Maßnahmen wurde man die Ausgaben der Civilisten, und zwar in acht Rubriken.

König Wilhelm IV. verzichtete bei seiner Thronbesteigung auf alle besonderen Einnahmequellen, er begnügte sich mit einer Civiliste von 510,000 Pf. St. von welcher noch verschiedene Ausgaben auf die Staatsverwaltung übernommen wurden. Diese Anordnung wurde jedoch nicht eher beschlossen, als bis einem besonderen Ausschüsse des Hauses der Gemeinen vollständige Ausweise der Civiliste übergeben und einer rücksichtslosen Untersuchung unterworfen worden waren.

Auf derselben Grundlage beruhte die der Königin Victoria festgestellte Civiliste. Diese betrug 385,000 Pf. St. Die einzige wesentliche Abweichung bestand darin, daß statt eines Pensions-Etats von 75,00 Pf. St. die Königin ermächtigt wurde, jährlich Pensionen in Höhe von 1200 Pf. Sterling zu bewilligen.

Dass die Krone ihre Einkünfte in neuerer Zeit besser verwaltet hat, beweist der Umstand, daß unter der Regierung der Könige Georg IV., Wilhelm IV. und der Königin Victoria die Krone nicht in die Notwendigkeit gelangt ist, das Parlament um Bezahlung von Kronenschulden anzugehen. Die Krone weist die in früheren Zeiten gelübten indirekten Beeinflussungen von sich und steht über dem Verdacht, von Mitteln der Besiegung Gebrauch zu machen. Für die beständig zunehmende Last der Verwaltungsausgaben ist gegenwärtig nicht mehr die Krone, sondern lediglich das Haus der Gemeinen verantwortlich. Liegen hierin wie in anderen Fällen konstitutionellen Fortschritts scheinbare Uebergriffe in die Rechte der Krone, so haben dieselben tatsächlich ihre wahre Macht nur erhöht und ihr das Vertrauen und die Liebe des Volkes mehr als je zuvor gesichert. (Mag. f. d. Lit. d. Ausl.)

geschäftliche Leitung des Ober-Kirchenrats ist deshalb eine interimsistische Anordnung dahin getroffen worden, daß dieselbe vorbehaltlich der Ernennung eines eigenen Präsidenten dem Herrn Culiusminister v. Mühlner mit übertragen worden ist, jedoch unter Modalitäten, durch welche auch während dieses Interimsistums die bisherige Organisation und Selbstständigkeit der kirchlichen Behörde vollständig gewahrt ist.

Der Verfertiger und Verläufer der am Dienstag in Bezug genommenen Karikatur, gegen den Herrn Ministerpräsidenten v. Bismarck gerichtet, ist der Photograph Linde. Gegen die verfügt gewesene Verhaftung hat er sich, wie die „B. C.“ meldet, durch Bestellung einer Caution von 200 Thlrn. geschützt.

— Eine am 4. November abgehaltene Versammlung von siebenzig der hervorragendsten österreichischen Industriellen sprach sich einstimmig für Verwerfung des preußisch-französischen Handelsvertrages aus.

— Die verschiedenen Nachrichten über die neuerer Zeit so viel genannte Gemeinde Steingrund haben den Landrat des Kreises, Frhrn. v. Rosenberger, veranlaßt, sich an Ort und Stelle zu begeben und, wie die „Kreuzzeitung“ mittheilt, zu constatiren, daß nicht drei, sondern fünfzehn Mitglieder der Gemeinde die Adresse unterschrieben haben. Ob die Gemeinde über 100 Urwähler zähle, ist nicht festgestellt, wohl aber, daß sie 509 Seelen zählt. Daß Steingrund mit drei andern Gemeinden zusammen nur vier Wahlmänner zu wählen hatte, wird zugegeben, aber dagegen die Befürchtung ertheilt, daß all vier conservativ gewählt haben.

— Ein Congress der schlesischen Conservativen soll nach der „W. Bdg.“ am 26. und 27. d. in Breslau stattfinden. Dr. Wagener wird dort sein.

— Die Neuwahl in Elberfeld für Schulze-Deliusch findet Donnerstag, 12. November, statt.

* In Lauenburg sind gestern bei den Stadtverordnetenwahlen sämtliche 8 aufgestellte liberale Stadtverordnete mit großer Majorität erwählt.

Posen. Die „W. Bdg.“ schreibt: „Gegen Herrn Schieweck, der seit dem 13. August d. J. in Stellvertretung als verantwortlicher Redakteur unserer Zeitung zeichnet, ist die Zwangshaft verfügt worden, weil er als Zeuge den Verfasser eines Artikels mit Bestimmtheit nicht angeben konnte, und sich weigerte, bloße Vermuthungen mitzutheilen.“ Es zeichnet jetzt Dr. Waldstein als verantwortlicher Redakteur.

Bonn, 6. November. In Betreff des Prozesses der „Kreuzzeitung“ geht der „Volkszeitung“ telegraphisch das Urtheil zu: Buchpolizeigericht erkannte Beleidigung des Heinrich durch Neuber an, jedoch keine Bestrafung wegen Artikel 153, Compensation der Kosten.

Frankfurt a. M., 5. Nov. Vor gestern Abend fanden Reibungen zwischen preußischen und österreichischen Soldaten statt. Da der Zusammenstoß in der Nähe der Eisenbahnen vorkam, so ließen sich mehrere Passagiere von der Benutzung der Eisenbahn abhalten, um nicht in den Conflict zu gerathen.

England.

— Der „Londoner deutsche Arbeiter-Bildungsverein“ hat im Einverständniß mit einem Agenten der polnischen Nationalregierung ein Comitess gebildet, um Geldsammlungen für Polen unter den deutschen Arbeitern in England, Deutschland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu veranstalten.

Außland und Polen.

— Die Behandlung, welche die Frauen in Polen seitens der Russen in letzter Zeit erfahren haben, zieht die Aufmerksamkeit der ganzen Presse auf sich. Die wiener „Gen. Corr.“, die neuerdings wahrlich nicht zu sympathisch für die Polen fühlt, antwortet auf die Drohungen der russischen Blätter in Betreff der „Abrechnung“ mit den Frauen in Polen: „Richtig ist es allerdings, daß die Gestaltung der polnischen Frauen eine entschieden russenfeindliche und vielleicht in ihrer Anhänglichkeit an die Sache der Insurrection noch ausdauerndere ist, als die der Männer; richtig ist es ferner, daß die polnischen Frauen dem Aufstande nicht bloß durch Aufmänterung und Beifall, sondern auch durch persönliche Thätigkeit, durch Geldsammeln, Besorgung von Kleidungs- und Ausrüstungsstücken, Überbringung von Nachrichten und Austrägen helfen, daß sie die verläßlichsten Pflgerinnen der Verwundeten sind und selbst für die Gefangenen und Verhafteten alles thun, was in ihren Kräften steht. Dies alles ist eben nicht geeignet, das nicht bloß unrichtliche, sondern geradezu barbarische Benehmen zu entschuldigen, mit welchem die Russen täglich gegen das schwächere Geschlecht vorgehen und welches auch sicherlich nicht wenig zur Steigerung des Russenhasses in Polen beigetragen hat. Dieses Benehmen tritt jetzt ganz besonders im Gouvernement Augustowo zu Tage, wo Murawiews „Ordnung“ macht und der grausame Kosaken-Hetzan Ballanow das Land verwüstet.“

Aus Krakau, 3. Nov., wird der „König. Bdg.“ von polnischer Seite geschrieben: „Die litauische Abteilung des Revolutions-Comitess übersandte der National-Regierung in Warschau eine mit 279,000 Unterschriften versehene Adresse, welche gegen die durch Murawiew erzwungenen Ergänzungs-Adressen protestiert und sagt, daß die Bewohner Litauens im Kampfe gegen die Russen mit den Polen bis zum entschiedenen Siege ausdauern wollen.“

Krakau, 4. November. Das Insurgenten-Corps, das am Sonntag über die polnische Grenze gegangen, ist im Bezirk Solkow von den Russen umzingelt worden und hat die Waffen gestreckt. Gefangen wurden 400 Mann und 100 Pferde.

Danzig, den 7. November.

* Unsere Abgeordneten Rechtsanwalt Koepell und Dr. Kelau v. d. Rose reisen heute mit dem Courierzuge zur Eröffnung des Landtages nach Berlin.

* Herr v. Forckenbeck, welcher dem hiesigen Wahlcommissar die Anzeige, daß er für Woyrungen das Mandat annehmen müsse, gemacht hat, ersucht uns, den Wahlmännern des Danziger Wahlkreises, die ihn für diesen erwählten, seinen besten Dank zu sagen und sein Bedauern, daß er für Danzig ablehnen müsse, auszusprechen. Indem wir hiermit dieses thun, bemerken wir, daß in Betreff des Seitpunktes der Nachwahl bis jetzt nichts bekannt ist.

* [Gewerbeverein.] In der Donnerstag-Sitzung hielt Herr Dr. Liovin einen mit lebhaftestem Interesse von der Versammlung aufgenommenen Vortrag über die wichtige Frage: „Wie entledigen sich die Städte ihres Unrates?“ Redner erklärt die Frage so alt, als die Civilisation größere Menschenmengen in den unvermeidlichen Anhäufungen menschlicher und thierischer Auswurfstoffe, Abgänge und Überreste aus Kirchen u. dgl. fordert zu ihrer geordneten Beseitigung auf. Die übeln Gerüche sind die selbst schon feindlichen

Boten, die das unsichtbare Herr der gefährlicheren Feinde unserm Sinne verrathen. Wenn auch viele der übelsteckenden Gase, welche aus den in steter Verbesserung begriffenen Auswurfstoffen hervorgehen, für sich schon der Gesundheit und selbst dem Leben Gefahr drohen, so entwickeln sich doch fast immer neben diesen sich der Nase verrathenden Giften aus der langsamem Verwehung organischer Substanzen noch andere gefährlichere Gase, welche anhaltend, wenn auch in kleineren Mengen auf den menschlichen Körper einwirken, denselben vergiften und ihn dem Siechtum oder einem frühzeitigen Tode in die Arme liefern. Redner führt aus, wie die in steter Verbesserung begriffenen gasförmigen Effluvien, die bei dem Ablösungsprozesse mit dem Blute in eine beständige Wechselwirkung treten, in diesem regel- und daher gesundheitswidrige Uebungungen hervorrufen oder sogenannte Blutvergiftungen veranlassen, denen auch die stärksten Constitutionen unterliegen, und erinnert zum Beweise dafür an die verderblichen Fieber slacher, sumpfiger und durch die Ebbe zeitweise trocken gelegter Meeresufer und an die Fieber, welche die Folgen zeitweiser Über schwimmungen sind. Ein sehr prägnantes Beispiel des schrecklichen Einflusses der langsamem Verbesserung organischer Abfälle geben die neuen Ansiedelungen in frischen Klärungen der amerikanischen Wälder. Eine ganz ähnliche Wirkung sei hier in Danzig in der Wohnung der Oberärzte des städtischen Lazaretts, die auf einem früheren Holzplatz erbaut sei. Redner weist nach, daß die Oberärzte und deren Familien seit Dr. Götz durch diese Einfüsse dauernd erkrankt seien. Ehe man jedoch die Art dieser Einwirkungen kennen gelernt hatte, waren die übeln Gerüche für sich allein schon Ursache gewesen, daß die Menschen sich bemühten, durch gezielte Entfernung der Herde und Erzeuger dieser Gerüche dieselben zu beseitigen. Die alten Römer suchten ihre Stadt durch Siede in die cloaca maxima zu säubern; gegen Ende des 12. Jahrhunderts begann Paris den Namen der Kolonie (Lutetia) von sich abzuwälzen; allein noch um die Mitte des 14. Jahrhunderts scheinen die Schweine dort wesentlich bei der Reinigung der Stadt beteiligt gewesen zu sein; in Berlin trieben sich dieselben noch gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf den Straßen umher. Die Reinigung der Städte hat ihr Auge am häufigsten zu richten 1) auf die Reinigung der speziell der Communalverwaltung unterworfenen Aalagen (Straßen, Kanäle und Rinnsteine), 2) auf die Beseitigung der in den einzelnen Haushaltungen, Fabriken etc., entstehenden Auswurfsmassen. Redner will besonders die Aufmerksamkeit auf die Beseitigung der Excremente richten. Dafür gibt es zwei Methoden: die Abfuhr und das Sieden-System. Die Abfuhr sei nur da zweckentsprechend, wo der Dünker einen höheren Werth für die Landwirtschaft habe, als bei uns. Der Menschenabwasser sei nur dann ein werthvolles Material, wenn Seitens der Landwirth die Nachfrage existiere. Dies sei hier nicht der Fall und daher die Abfuhr nicht zweckentsprechend. Die Pourette-Fabrikation sei in verschiedenen Städten versucht, aber man habe dabei nur Verluste gehabt. Redner kommt alsdann zu einer ausführlichen Schließung des Siedensystems. (Schluss folgt.)

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 5. November.] Die Arbeiter Carl Tischlowski, die separierte Gräfekowska, welche mit ersterem in wilder Ehe lebte und ihn später geheirathet hat, der Arbeiter Alexander Scheide und Schulte und die unverheirathete staleb wohnen im Sommer vorigen Jahres zusammen in einem Hause. Bis auf Scheide waren diese Personen jahrelang schon vielfach wegen Diebstahl, Betrug usw. bestraft. Die 3 Männer haben sich zur fortgezehrten Verübung von Diebstählen verbündet, wovon die beiden Frauen stets die genaueste Kenntniß hatten und das gestohlene Gut bei bekannten Händlern veräußerten. 1) In dem Hause des St. Jacobs-Hospitals wurden im Sommer v. J. dem Hospitalisten Uhlmann und dessen Wochin Fischer mittels Einbruchs Kleidungsstücke im Werthe von ca. 90 Thlrn.; 2) in der Nacht vom 13. zum 14. Juli wurden dem Prediger Karmann aus dessen Dienstwohnung mittels Einbruchs 110 Thlr. Gold, einige Sparbüchsen mit Gold, eine silberne Dose und ein Groß Stahlgefäß; 3) in der Nacht vom 2. zum 3. August v. J. wurden dem Holz-Capitain Paulowski in Stoetech mittels Einbruchs verschiedene Kleider- und Messingachen, im Werthe von 40 Thlrn., gestohlen. Dieser schweren Diebstähle sind die Arbeiter Tischlowski, Schulte und Scheide angeklagt. Nach anfänglichem Leugnen bekannten sie sich zu diesen schweren Diebstählen. Die Frau Gräfekowska und die unverheirathete staleb sind der schweren Hölzer und ersten Theilnahme an dem Diebstahl ad 2 angeklagt, indem die Anklage behauptet, daß sie zu diesem Diebstahl die Anleitung gegeben hat. Durch den Zeugenbeweis wurde die Anklage in allen Punkten unterstützt. Außerdem ist angelaagt wegen wissenschaftlichen Kleineides: die 66 Jahre alte Witwe Jeschke, ihre Tochter, Witwe Bonatz, und die verehelichte Lengenfeld, und der Arbeiter Scheide. Sie bekennen sich des Verbrechens schuldig und behaupten mit Ausnahme des Scheide von der Tischlowski dazu überredet zu sein. Außerdem ist die Tischlowski der Verleitung zu mehreren wissenschaftlichen Kleineiden angelagt. Sie leugnet das alles; ihre Schuld wurde durch den Belastungsbeweis in überzeugender Weise dargethan. Die Geschworenen sprachen überall bei allen Angklagten das Schuldig aus und verneinten die ihnen auf mildernde Umstände gestellten Tägen mit mehr als sieben Stimmen. Der Gerichtshof verurteilte: den Arbeiter Karl Tischlowski zu 8 Jahren Buchhaus und 8 Jahren Polizei-Aufsicht, die Arbeiterfrau Tischlowski zu derselben Strafe, Schulte zu 5 Jahren Buchhaus und 5 Jahren Polizei-Aufsicht, Scheide zu 3 Jahren Buchhaus und 3 Jahren Polizei-Aufsicht, die staleb zu 2 Jahren Buchhaus und 2 Jahren Polizei-Aufsicht, die Witwe Jeschke, Bonatz und unverheirathete Lengenfeld jede zu 2 Jahren Buchhaus. Mit dieser Verhandlung ist die gegenwärtige Schwurgerichtsperiode beendet.

* Bei dem vorgegriffen Brande in der Breitgasse 94 machte sich unter der Maske eines hilfereitenden Retters ein Langfinger die Gelegenheit zu Nutze, dem brandbeißigten Hauseigentümer eine goldene Uhr nebst Kette und mehrere Gold- und Silbersachen im Werthe von über 100 Thlrn. zu stehlen.

* Am 5. d. M. brannte das Gehöft der Witwe Bergin in Scharfenort und das Gehöft des Eigentümers Troeder in Ohra-Albrecht ab; auch in St. Albrecht stand am genannten Tage ein Brand statt.

* Die seit längerer Zeit in hiesiger Umgegend stattgehabten Pferdediebstähle waren trotz der angebrachten Nachforschungen unentdeckt geblieben. Als dem Gutsbesitzer Heinrich in Mülligenhahns kürzlich zwei Kühe entwendet wurden, hatte man den Fuhrmann D. aus Schellingen diesen durch St. Albrecht treiben sehen. In Folge dessen wurde der Getötete gefänglich eingezogen, und in Folge seines Geständnisses auch der Eigentümer B. aus Piezendorf und die beiden Eigentümersöhne U. aus Stolzenberg. Alle sind gesündlich, bei den vorgelkommenen Pferdediebstählen mehr oder weniger beteiligt zu sein. Verdachtsgründe liegen noch gegen andere Personen vor, haben sich aber noch nicht bestätigt.

* Als ein Zeichen, daß auch thüglichen Lehrern auf dem Lande eine Anerkennung zu Theil wird, teilen wir mit, daß dem Lehrer in Herrngreben bei Gelegenheit seines 20jährigen Jubiläums von den zur Schulsocietät gehörigen Wirthen ein Geldgeschenk von gegen 100 Thalern fürthlich gemacht wurde.

Eisenbahn-Aktionen.

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Nach-en-Düsseldorf	—	94½	bz
Nach-en-Maastricht	—	27	bz
Amsterdam-Rotterd.	6	106	et bz
Bergisch-Märk. A.	6½	106	bz
Berlin-Anhalt	8½	152½	bz
Berlin-Hamburg	6½	120½	bz
Berlin-Potsd.-Mgdb.	14	186	bz
Berlin-Stettin	7½	130½	bz
Böhm. Westbahn	—	67½	bz
Bresl.-Schw.-Freib.	8	133½	bz
Vrieg.-Neisse	4½	—	
Elm-Winden	12½	175	bz
Cöfel-Oberb. (Wihb.)	½	58½	—
do. Stamm-Pr	4½	—	
do. do.	5	—	
Ludwigsh.-Bexbach	9	140	B
Magdeburg-Halberstadt	25½	295½	bz
Magdeburg-Leipzig	17	—	
Magdeburg-Lüttich	1½	66½	bz
Münz-Ludwigsfelde	7½	124½	bz u G
Wiedenburger	2½	62	et ½ bz
Münster-Hammar	—	98	B
Niederschl.-Wörth	—	96½	B
Niederschl.-Rheinbahn	2½	60	B

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Nordb., Friedr. Wihb.	—	4	59½
Oberb. Litt. A. u. C.	10½	31	152½
Litt. B.	10½	31	139
Destfr.-Frz.-Staatsb.	5	5	106½
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	57
Rheinische	6	4	97
do. St.-Prior.	—	4	106
Rhein-Nahebahn	—	4	23½
Rhr.-Gref.-K.-Glaßb.	4½	3½	97½
Russ. Eisenbahnen	—	5	109
Stargard-Pielen	6	3½	99
Destfr. Südbahn	8½	5	142—41 bz u G
Elbl.	7½	4	125

Bank- und Industrie-Papiere.

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Preuß. Bank-Anteile	6½	4½	124½
Berl. Kassen-Verein	5½	4	116
Pom. N. Privatbank	5½	4	94
Danzig	6	4	100 et bz u B
Königsberg	5½	4	100½
Posen	5½	4	96½
Magdeburg	4½	4	90
Disc.-Comm.-Antheil	7½	4	99½
Berliner Handels-Ges.	9	4	107½
Destreich	8½	4	79½—79—½ bz

Kreisligoje Gemeinde.
Sonntag, den 8. November, Vormittags 10 Uhr, Gottesdienst im Saale des Gewerbehauses, Predigt Herr Prediger Rödner.

Bekanntmachung.

In dem über das Vermögen des Kaufmanns A. H. Rohde eröffneten kaufmännischen Concurs ist der Tag der Zahlungseinstellung unter Abänderung des Beschlusses vom 21. October 1863 anderweit auf den 15. September ejusdem festgesetzt worden.

Graudenz, den 2. November 1863.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. [6710]

Bekanntmachung.

Der kaufmännische Concurs über das Vermögen der Witwe Scheffler, Anna geb. Denk und der Erben des C. W. Scheffler, als Inhaber der Handlung C. W. Scheffler in Neurug, ist beendet. Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Schlochau, den 2. November 1863.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

On dem Concuse über das Vermögen des Buchbindemeister und Kaufmann Johann Gottl. Heintz lebte hier, ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord Termin auf

den 21. November c.,

Vormittags 10½ Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Terminkammer No. 18 anberaumt worden. Die Beteiligten werden hier von mit dem Bemerkten in Kenntni gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekarrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigen.

[6730]

Danzig, den 6. November 1863.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.
Der Commissar des Concurses.

Jord.

Auction zu Kl. Waldorf.

Montag, den 17. November 1863, Vormittags 10 Uhr, werde ich den Nachlaß der verstorbenen Schiffs-Capitain Witwe Schmidt zu Kl. Waldorf öffentlich an den Viehmarkten verkaufen:

2 gr. braune Wagenpferde, 5 junge Pferde, 2 Miltäufe, 2 leute Schweine, 1 Victoria-Beroed, 1 Palb.-Beroed, 3 Jagd-, 1 Spazier-, 1 Röhr., 1 Ratten- und 1 Ernte-Wagen, 1 Jagd-, 1 Unterschlitten, 1 Paar Rummel, 1 Paar russische elegante Spaziergeschirre mit Reussoe-deutschlag, 2 Paar Arbeitsdechte, reine, völker, Bäume, Reinen, 1 Schlittendecke von Wolfsberg, 1 Paar Schneegleiche, 1 Plüg, 1 Haedema-Jarne, Ecken, 1 Häsch-Uave, 1 Mangel, Gloden-Gelaute, 1 Grimalze, 1 engl. Sprotzmuze, Gartenbälle und Lüche, Wasserfaß, Wafz- und Fleischkannen, Bütteln, Bürgen, C. met, Ruckspind, Waagekette und Gewichte, Spaten, Säsen, Karren, Kugle u. deute eines Paars, Küchen- und Küllgeräthe, derner: 3 mahag. Sophas, 1 do. Echtedesetair, Aran und Sorgstelle, mehrere Dutzend Hohr- u. Pelzspuhle, 3 mahag. Klei. e. f. c. taine, 1 do. Ziegel, 5 gr. Trameanspiegel, 3 Pfeilspiegel in gold. Rahm u. Marmorplatte, 2 neubaumene Kleiderpinde (antique), 2 Specietafeln à 30 Personen, 1 acht Tage lebende engl. Stubenuhr in mahag. Ratten, 1 Porzellau-Uhr mit Spielwerk u. Konjol, 3 Kronleucht., 1 sprachender Papagei in messing, Gebauer u. mahag. Lüche, mehrere mahag. Sophas, Spiel, Klapp., Aufzug, 5 gr. Fenstergardinea nedst Stangen und Halter, mehrere Gipsfiguren, Schubereien, 5 Säz, Grindbeuten, 1 blaues engl. Speise-Service, mehrere Kannen, Kümme, Thee- u. Kaffee-Services, messing, Kaffeemaschinen, russische Theemühchen, Zinn, Kupfer, Eisen- u. Blechdosen, sowie ein Quantum Kuh-, Borsen, Kuggenrichter, Kumm., Gerlen- und Hasenstrop, so wie ein Quantum Kartoffeln, Kuntelrüben, und eine Partie Buchen-Brennhölz.

Fremde Gegenstände dürfen nicht eingetragen werden. Der Zahlungs-Termin wird den bekannten Käufern bei der Auction angezeigt. Unbekannte zahlen zur Stelle.

Joh. Jac. Wagner,

Auctions-Commissarius.

Frisch geröstete Neunaugen empfiehlt A. H. Hoffmann, Langenm. 47.

Ein mah. iafel. Fortepiano, 6½ Oct., neu, ist Kaltgasse 6, Ece des Kassubschen Maristes, 1 Tr. hoch zu verl. [6517]

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Nordb., Friedr. Wihb.	—	4	59½
Oberb. Litt. A. u. C.	10½	31	152½
Litt. B.	10½	31	139
Destfr.-Frz.-Staatsb.	5	5	106½
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	57
Rheinische	6	4	97
do. St.-Prior.	—	4	106
Rhein-Nahebahn	—	4	23½
Rhr.-Gref.-K.-Glaßb.	4½	3½	97½
Russ. Eisenbahnen	—	5	109
Stargard-Pielen	6	3½	99
Destfr. Südbahn	8½	5	142—41 bz u G
Elbl.	7½	4	125

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Preuß. Bank-Anteile	6½	4½	124½
Berl. Kassen-Verein	5½	4	116
Pom. N. Privatbank	5½	4	94
Danzig	6	4	100 et bz u B
Königsberg	5½	4	100½
Posen	5½	4	96½
Magdeburg	4½	4	90
Disc.-Comm.-Antheil	7½	4	99½
Westpreuß.	—	4	84
Berliner Handels-Ges.	9	4	107½
Destreich	8½	4	79½—79—½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Preuß. Bank-Anteile	6½	4½	124½
Berl. Kassen-Verein	5½	4	116
Pom. N. Privatbank	5½	4	94
Danzig	6	4	100 et bz u B
Königsberg	5½	4	100½
Posen	5½	4	96½
Magdeburg	4½	4	90
Disc.-Comm.-Antheil	7½	4	99½
Westpreuß.	—	4	84
Berliner Handels-Ges.	9	4	107½
Destreich	8½	4	79½—79—½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

	Dividende pro 1862.	31.	bz
Preuß. Bank-Anteile	6½	4½	124½
Berl. Kassen-Verein	5½	4	116
Pom. N. Privatbank	5½	4	94
Danzig	6	4	100 et bz u B
Königsberg	5½	4	100½
Posen	5½	4	96½
Magdeburg	4½	4	90
Disc.-Comm.-Antheil	7½	4	99½
Westpreuß.	—	4	84
Berliner Handels-Ges.	9	4	107½
Destreich	8½</		